

SZ, 21./22.01.2017

Mehr Geld für die Hochschulen

Die SPD fordert einen kompletten Neustart der saarländischen Bildungspolitik

Im Saarland fehlt eine klare politische Steuerung der Hochschulpolitik, kritisiert die SPD. Das müsse sich ändern. Die Zuständigkeit für die Wissenschaft gehöre in das Bildungsministerium.

Von SZ-Redakteur
Peter Bylda

Saarbrücken. Die Saar-SPD will die politische Zuständigkeit für das Thema Wissenschaft nach der Landtagswahl wieder im Kultusministerium verankern. Das Hochschulressort dürfe nicht länger „nur als Anhängsel der Politik“ betrachtet werden. Die Hochschulen seien derzeit „durch geradezu künstliche Ressortzuteilungen vom Bildungssystem abgekoppelt“, heißt es im hochschulpolitischen Programm der Sozialdemokraten, das die SPD-Spitzenkandidatin und Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger und Bildungsminister Ulrich Commerçon am Freitag vorstellten. Für den Bereich Technologie soll künftig wieder das Wirtschaftsministerium zuständig sein.

In der großen Koalition ist das Thema insgesamt in der Staatskanzlei angesiedelt. Das habe sich im Fall der Saar-Universität nicht bewährt, kritisierten Rehlinger, Commerçon und die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz. Bei der Saarbrücker Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) habe das „Stückwerk



Die Einsparungen an der Saar-Uni in den vergangenen Jahren ist bei Studenten ebenso wie bei den Parteien höchst umstritten. FOTO: BECKER&BREDEL

der Staatskanzlei“ zu einem „peinlichen Chaos beim HTW-Gebäude“ geführt. Die HTW sei deshalb in mehrere Standorte zerstückelt, was erhebliche Nachteile bei der Studienorganisation zur Folge habe. Wegen Problemen beim Brandschutz kann das neue HTW-Hochhaus in Alt-Saarbrücken seit drei Jahren nicht bezogen werden.

Was die Saar-Universität be-

trifft, so Ulrich Commerçon, sei es ein „zentraler Fehler“ gewesen, den Wissenschaftsrat zu Beginn der Legislaturperiode mit einem umfangreichen Gutachten zu beauftragen, das zunächst den gesamten Campus in Aufruhr versetzt habe und von dem am Ende kaum etwas umgesetzt worden sei. „Das Geld hätte man sich sparen können.“

A propos sparen. Davon möchte sich die SPD in ihrem „Neustart in der saarländischen Hochschulpolitik“ beteiligten Programm so schnell wie möglich verabschieden. Wobei das tatsächlich Mögliche noch nicht ausgelotet ist. Jedenfalls solle finanzieller Spielraum, der sich ab dem Jahr 2020 durch zusätzliches Geld aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich ergebe, auch Einrichtungen der akademischen Bildung zugute kommen. Investiert werden müsse dabei in jedem Fall in die zerfallende Infrastruktur von Uni und HTW. „Der Gebäudebestand ist in einem schlechten Zustand“, erklärte SPD-Spitzenkandidatin Anke Rehlinger.

Die einzige Universität des Saarlands muss nach dem Willen der SPD auch künftig ihre Dreifachrolle als Innovationsmotor, Landeskinderhochschule und Exzellenz-Einrich-

tung ausfüllen. Das akademische Angebot soll ein neuer Studiengang der Sozialwissenschaften arrondieren, die Lehrerbildung soll reformiert werden. Alles in allem solle die Uni „in der Breite erhalten bleiben“, erklärte Anke Rehlinger. So könne sie auch die zusätzliche Rolle besser ausfüllen, die vor allem der Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz wichtig ist. Die Uni zieht Studenten aus ganz Deutschland an. Unter den jungen Menschen, die ins Saarland kommen, machen sie etwa ein Viertel aus. Um ihnen Berufsperspektiven zu bieten, will die SPD eine wirtschaftspolitische Partnervermittlung für Studenten und Firmen aufbauen. Die soll dafür sorgen, dass möglichst viele Hochschulabsolventen an der Saar bleiben. Denn das Land müsse alles dafür tun, um den Nachwuchs zu halten.



FOTO: DIETZE/DPA

Anke Rehlinger



FOTO: BECKER&BREDEL

Ulrich Commerçon

Grüne sehen Hochschulförderung als Kernthema im Wahlkampf

Saarbrücken. Kritik am Sparkurs der Landesregierung bei den Hochschulen im Saarland hat Grünen-Landeschef Hubert Ulrich am Freitag geübt. „Wir wollen, dass die Universität des Saarlandes nicht in eine Abwärtsspirale gerät“, erklärte er. Genau diese Entwicklung sei jedoch zu befürchten. Deshalb hat seine Partei eine Unterschriftenaktion gestartet. Die zentrale Forderung: mindestens zehn Millionen Euro mehr für die saarländischen Hochschulen. Außerdem sollen Tarif- und Energiekostensteigerungen vom Land übernommen werden. Es gehe um „die Finanzierung des laufenden Betriebs“, erläuterte er. Zwar

werden einzelne Bereiche wie die Informatik gut finanziert, erklärte Grünen-Spitzenkandidatin Barbara Meyer-Gluche. Die Uni müsse jedoch in der Breite gefördert werden. Die Bedeutung eines umfassenden Studienangebots unterstrich auch die Co-Landesvorsitzende Tina Schöpfer und betonte die Wichtigkeit der Uni als Ort, mit dem sich viele identifizieren und an dem „die Zukunft des Landes gestaltet wird“.

Das Ergebnis der Unterschriftenaktion will Ulrich noch vor den Landtagswahlen im März vorstellen. Die Forderung nach mehr Geld bleibe jedoch auch darüber hinaus als Kernthema bestehen. *bsch*